

Der Kampf gegen die Diktatur und die griechischen Gastarbeiter in Westdeutschland 1967-1974

Westdeutschland war das Land, in dem sich die wichtigste Bewegung gegen die siebenjährige Militärdiktatur (1967-1974) entwickelte, die am 21. April 1967 über Griechenland verhängt wurde. Es gibt verschiedene Faktoren, die dazu geführt haben: Einerseits spielte die Anwesenheit Hunderttausender griechischer Einwanderer, überwiegend Gastarbeiter und kaum Studenten, im Land eine wesentliche Rolle. Andererseits war die aktive Unterstützung durch eine Vielzahl von Institutionen (Parteien, Gewerkschaften usw.), sowie von vielen deutschen Staatsbürgern im griechischen Kampf, von großer Bedeutung. Infolgedessen entstand eine umfangreiche und heterogene Bewegung griechischer und deutscher Bürger, die darauf abzielte, den Kampf gegen die Diktatur in Griechenland zu fördern und das deutsche und internationale öffentliche Interesse gegen das Militärregime zu wenden.

Schätzungen zufolge lebten im Jahr 1967, sieben Jahre nach dem Inkrafttreten des griechisch-deutschen Abkommens, im März 1960, rund 200.000 griechische Gastarbeiter in Westdeutschland. Viele von ihnen hatten sich unmittelbar nach ihrer Ankunft in Gemeinden organisiert und u.a. Bildungs-, Orts-, und Sportsvereine gegründet. Dadurch umgingen sie einigen Herausforderungen einer Migration, forderten aber auch bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Bereits vor dem Putsch des Militärs in Griechenland 1967, stellten diese Gemeinden einen nahrhaften Boden für die politische Emanzipation griechischer Einwanderer dar, sowie die Aktivierung griechischer politischer Parteien, insbesondere der Mitte und der Linken.

Die Etablierung der Militärdiktatur erschütterte die vor dem Putsch herrschende politische Bühne Griechenlands. Die neue Regierungsform hatte die Auflösung bestehender und die Gründung neuer politischer Parteien zur Folge. Die neu gegründeten Parteien, hauptsächlich Linksparteien, spielten eine entscheidende Rolle im Widerstand gegen die Diktatur. Gleichzeitig wurden in Griechenland und im Ausland Organisationen gegen die Diktatur gegründet, die unabhängig, aber auch in Zusammenarbeit mit Parteien agierten. Direkt nach dem Militärputsch wurden diese Organisationen von griechischen Gastarbeitern besetzt. Verglichen mit dem Rest Europas war die Bewegung der Mitte und der Linken in Deutschland stark. Diese Bewegungen reagierten vom ersten Moment an auf die griechische Junta. Eine Tatsache, die sich in den Massendemonstrationen, geführt von Griechen und Deutschen, unmittelbar nach dem 21. April 1967 widerspiegelte.

Die Junta-Gegner waren auf mehreren Ebenen aktiv. Sie wollten die deutsche Öffentlichkeit über das Zeitgeschehen in Griechenland auf dem Laufenden halten und dadurch einen starken Kontrapunkt zur Junta-Propaganda setzen. Dank dem Engagement der oben genannten Organisationen wurden Klagen über Folter, Listen mit Tausenden von politischen Gefangenen, Informationen über Widerstandsaktionen im griechischen Inland, die die Junta verschwiegen hat, in den deutschen Medien veröffentlicht. Ihr Ziel war die Isolierung der Junta auf internationaler Ebene. Die Aussetzung des Assoziierungsabkommens Griechenlands mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Ausschluss der griechischen Junta aus dem Europarat 1969 waren auch Ergebnisse der ständigen Klagen in internationalen Foren aber auch des Drucks, welchen die Griechen im Ausland ausübten. In Westdeutschland richteten die Demonstranten Appelle an die deutsche Regierung und Parteien, und gleichzeitig organisierten sie Konzerte, Demonstrationen und Proteste, an denen Tausende griechische Gastarbeiter und deutsche Staatsbürger teilnahmen.

Die griechischen Anti-Diktatur-Organisationen verstärkten den Widerstand im Inland Griechenlands, indem sie denjenigen, die aus dem militarisierten Land flohen, finanzielle Unterstützung, länderübergreifende Informationen, aber auch Unterkünfte anboten. Bekannt ist der Fall des Juristen und Akademikers Georgios Alexandros Magkakis, der vom diktatorischen Regime entlassen und wegen Antidiktatur-Aktionen verhaftet wurde. 1972 wurde er zum Professor an der Universität Heidelberg berufen, während er im Gefängnis saß. Auf starken Druck der deutschen Öffentlichkeit wurde er im April desselben Jahres, aus gesundheitlichen Gründen, aus der Haft entlassen, floh nach Deutschland und lehrte dort an der Universität.

Ein heikles Thema stellte der Schutz griechischer Gastarbeiter und Studenten vor dem Regime selbst, dar. Aufgrund der großen Anzahl der Bürger versuchte die griechische Junta mit ihnen, durch Bestechungen und anderen Mittel zu kollaborieren. Oder sie einzuschüchtern, indem sie hauptsächlich die konsularischen Behörden einsetzten, die Angst vor dem Entzug der Staatsbürgerschaft verbreiteten, mit Einreiseverboten nach Griechenland drohten, oder Drohungen gegen ihre Angehörigen, die in Griechenland wohnten, auszusprechen. Die Organisationen der griechischen Auswanderer reagierten entweder mit Hetzreden und Beschwerden an den deutschen Staat gerichtet, oder sogar mit Aktionen zur Auflösung von Festen und Veranstaltungen der Junta.

Die Anti-Diktatur-Presse spielte eine weitere entscheidende Rolle bei der Informierung und der Bewegung der griechischen Auswanderer in Deutschland. In Westdeutschland wurden die meisten Publikationen gegen das Regime in griechischer Sprache herausgegeben, mit einem doppelten Ziel: Einerseits die griechischen Auswanderer zu informieren und andererseits sie auch davon zu überzeugen, dass sie sich dem autoritären Regime widersetzen müssen, welches ihre Heimat angegriffen hat. In die gleiche Richtung gingen auch die griechischen Sendungen der deutschen Radiosender Deutsche Welle (Köln) und Bayerischer Rundfunk (München). Die Deutsche Sendung bot Rundfunk auch für das Ausland an und daher war ihre Sendung auf Griechisch eine wertvolle Unterstützung der Griechen in Griechenland, während die Sendung des Bayerischen Rundfunks sich an die griechischen Einwanderer in Deutschland richtete.

Der Kampf der Griechen in Deutschland gegen die Diktatur war von internen Konflikten und Meinungsverschiedenheiten geprägt. Dies war für viele der daran beteiligten politischen Kräfte der einfachste Weg, Mitglieder zu rekrutieren. Es gab verschiedene Themen, die die Widerstandsfront spalteten, wie zum Beispiel die Frage des dynamischen Widerstands oder die Haltung zur „Liberalisierung“ des diktatorischen Regimes. Zwischen den verschiedenen Organisationen gab es schließlich wichtige politische und ideologische Differenzen, sowie gegensätzliche Strategien und Pläne für die Zukunft des Landes nach dem Sturz der Diktatur.

Der enorme Widerstand gegen die Militärdiktatur in Griechenland, stieß auf die Unterstützung Tausender deutscher Bürger, die sich dem Kampf gegen die Tyrannei stellten. Widerstand einem Land, das die Wiege der Demokratie als Sinnbild trug. Gleichzeitig vertraten sie mit ihrer Unterstützung die Ansicht, dass Deutschland eine Verteidigungskraft der Freiheit sei, und das 20 Jahre, nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Auch eine Reihe deutscher Institutionen, darunter politische Parteien, engagierten sich in diese Richtung. Besonders hervorzuheben ist die SPD, die 1969 eine Regierung mit Willy Brandt als Bundeskanzler bildete. Obwohl Westdeutschland seine Beziehungen zum diktatorischen Regime, aufgrund des Kalten Krieges und des westlichen Bündnisses nie abgebrochen hat, unterstützte die SPD den griechischen Widerstand finanziell und organisatorisch. Auch trotz interner

Meinungsverschiedenheiten, die im Zusammenhang mit verschiedenen politischen Kampagnen und Bestrebungen in Verbindung standen. Die Rolle der Gewerkschaften, wie die der IG Metall, entpuppten sich als äußerst bedeutsam, bei der Stärkung des Kampfes gegen die Diktatur. Die Gewerkschaften förderten den Kampf, gegen die Diktatur, auf vielfältige Weise und boten Tausenden von griechischen Gastarbeitern finanzielle Unterstützung und Schutz an.

Das Ausmaß der Beteiligung der Gastarbeiter am Kampf gegen die Diktatur in Griechenland, ist nicht exakt bekannt. Ein erheblicher Teil der Gastarbeiter entschied sich dafür, sich von politischen Angelegenheiten zu distanzieren, während es auch Griechen gab, die das Militärregime verteidigten und mit anderen Auswanderern in Konflikt gerieten. Dies führte dann zur Bildung von diversen Gemeinschaften, die auf ihre Haltung gegenüber der Junta beharrten. Es gab jedoch einen bedeutenden Teil an Gastarbeitern, der gegen das diktatorische Regime aktiv vorging. Die Gründe dafür sind vielfältig. In jedem Fall hing ihre Haltung von ihrer eigenen Wahrnehmung und Erfahrung der Auswanderung ab. Tausende von Menschen befanden sich ohne vorherige Erfahrungen in neuen Umgebungen, in denen sie vielfältigen Schwierigkeiten und Herausforderungen gegenüberstanden. Sie empfingen zahlreiche Informationen und Anregungen von und aus ihrer Umgebung, was zum unvermeidbaren Ergebnis führte, einen ständigen Vergleich zwischen alter und neuer Heimat zu ziehen; dieser Vergleich resultierte oftmals in Veränderungswünsche. Griechische Gastarbeiter durchliefen eine transformative Erfahrung, die mit sich das Ende eines traditionellen Lebens, den Sturz alter Hierarchien und Zwänge brachte. Für viele Gastarbeiter aus Griechenland stand der Traum von der Heimkehr, nah an dem Wunsch einer Normalisierung des griechischen politischen Lebens beieinander. Auch mit der Vorstellung, in einem Land zu leben, das sich nicht im Ausnahmezustand befindet. -In einem Land, in dem sich die meisten von ihnen, nach dem Sturz des Junta-Regimes, schließlich wiedertrafen.